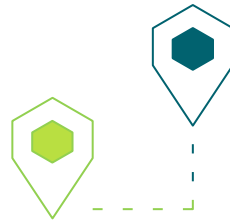


Geld- und Finanzpolitik im Bundestagswahlkampf 2021

Wir fragen zu Geld und Wirtschaft: Die finanzpolitischen Sprecher*innen der Parteien antworten. Zur Bundestagswahl 2021 haben wir eine mehrstufige Befragung aller Bundestagsparteien zu den Themen Geld- und Finanzpolitik durchgeführt.

**Wir fragen - die Parteien antworten.
Auf einen Blick.**



Beteiligte NGOs und Initiativen

Ein breites Bündnis aus den Bereichen Geld, Wirtschaft und Finanzen.



Zusammenfassung



Befragte finanzpolitische Sprecher*innen

Aufgabe des Finanzausschusses ist es, die ihm vom Plenum des Deutschen Bundestags überwiesenen Vorlagen zu beraten: Insbesondere Gesetzentwürfe der Bundesregierung, der Fraktionen und des Bundesrates, aber auch Anträge der Fraktionen, Berichte der Bundesregierung sowie Vorlagen der Europäischen Union. In den Bereichen der Finanzmarktregulierung (Banken, Wertpapier- und Versicherungsgeschäft), des Zollwesens und der Steuerpolitik hat der Finanzausschuss in der Regel die federführende Beratung inne.



Antje Tillmann
Union



Lothar Binding
SPD



Lisa Paus
Grüne



Albrecht Glaser
AfD



Fabio de Masi
Die Linke



Florian Toncar
FDP

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“

So ist es im Deutschen Grundgesetz Art. 14 verankert.



Einleitung

Bundestagswahl am 26.09.2021

Wir hoffen, dass unsere Fragestellungen und die Antworten der parteipolitischen Sprecher*innen Sie dabei unterstützen, bei den Bundestagswahlen, Ihr Kreuz an geeigneter Stelle zu setzen.

Die Befragung der finanzpolitischen Sprecher*innen

Aus unserer Sicht werden das Geld- und Finanzsystem zu selten thematisiert und kritisch hinterfragt: Über Geld spricht man nicht. Gleichzeitig ist ein Leben ohne Geld nicht vorstellbar.

Geld hat sich aber im Laufe der Jahrhunderte durch den Menschen entwickelt, ist gestaltbar und damit auch veränderlich. Lässt sich Geld und unser Umgang damit so gestalten, dass es dem Gemeinwohl und Menschen dient und die Natur erhält? Um diese Frage detaillierter zu beantworten, bedarf es aus unserer Sicht ein grundsätzliches Verständnis der Funktionsweise unseres derzeitigen Geld- und Finanzsystems.

Um herauszufinden, wie die parteipolitischen Sprecher*innen des Bundesfinanzausschuss über diese Fragen denken und welche Antworten sie darauf haben, hat sich ein Bündnis an interessierten Initiativen zusammengeschlossen: Gemeinwohl-Ökonomie e.V., Monetative e.V., die Pufendorf Gesellschaft, die Genossenschaft für Gemeinwohl und die E4Futures Stuttgart.

Die Antworten der parteipolitischen Sprecher*innen sind komplex, wie das Thema selbst. In dieser Zusammenfassung haben wir versucht, die Antworten der Politiker*innen auf wesentliche Kernaussagen zu komprimieren. [Hier finden Sie die Original-Antworten aller Politiker*innen zum Nachlesen.](#)

Die Befragung wurde mit der Unterstützung von Abgeordnetenwatch und auf deren Plattform öffentlich nachvollziehbar durchgeführt.

Bei Fragen oder Anregungen wenden Sie sich gerne an presse@monetative.de oder press-germany@ecogood.org

Wir fragen - die Parteien antworten.

Klicken Sie einfach auf die angegebene Seitenzahl des gewünschten Fragenpakets, um direkt zu den jeweiligen Antworten zu kommen.

Fragenpakete und Übersicht

A

Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise

S. 6

**B**

Maßnahmen zur Beseitigung sozialer Ungleichheit

S. 10

**C**

Maßnahmen zu umweltschonendem Wirtschaften

S. 14

**D**

Finanzaufgaben zur allgemeinen Daseinsfürsorge

S. 18

**E**

Umsetzung notwendiger Reformvorschläge im Finanzsektor

S. 23

**F**

Fragen der Bürger*innenbeteiligung

S. 30



zur Langfassung



A

Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise



A1

Um die durch die Corona Krise entstandenen wirtschaftlichen Einbußen auszugleichen, hat die Bundesregierung ihre Ausgaben erhöht, während ihre Steuereinnahmen einbrachen. Dies hat zu einer Erhöhung der Staatsverschuldung geführt. Sollten die gestiegenen Staatsschulden als notwendiger Fakt akzeptiert werden (Staatsanleihen mit "unendlicher" Laufzeit) oder sollten sie reduziert werden? Wenn Sie der Meinung sind, dass eine Reduktion notwendig ist, wie sollte diese zustande kommen:

- durch Steuererhöhungen welcher Art?
- durch Sparmaßnahmen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, wo genau: Bildung, Renten, Lohnkürzungen, Kürzungen von Sozialleistungen, öffentliche Infrastruktur
- durch mehr Wirtschaftswachstum
- durch andere Möglichkeiten (Schuldenschnitt, Inflation, Lastenausgleich etc.)



A2

Die Corona Krise macht u.a. deutlich, dass vorausgegangene Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich, z.B. durch den Abbau von Intensivbetten, die Privatisierung von Krankenhäusern, sich negativ auf die Daseinsversorgung der Bürgerschaft auswirken. Welchen Mehrwert erzielt die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen aus Ihrer Sicht? Würden Sie die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen auch nach den Bundestagswahlen 2021 fortsetzen?



A3

Große US-Amerikanische IT-Konzerne sind Profiteure der Corona-Krise. Sie bezahlen so gut wie keine Steuern und nutzen Stiftungen, um Einfluss auf die Gestaltung von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu nehmen. Mit welchen Gesetzen kann die zunehmende Einflussnahme internationaler Konzerne so gelenkt und begrenzt werden, dass das Gemeinwohl geschützt ist? Befürworten Sie Angela Merkels Forderung, IT-Konzerne weltweit stärker zu besteuern?

- ❖ Zurück zur schwarzen Null.
- ❖ Durch gezielte Steuerpolitik für wirtschaftliches Wachstum sorgen; oberstes Ziel ist, dass Unternehmen in Deutschland bleiben und Steuerdumping in Europa beendet wird.
- ❖ Steuerzahler, insbesondere Familien mit kleinen und mittleren Einkommen, entlasten.
- ❖ Globale Mindestbesteuerung von 15% auf Unternehmensgewinne durchsetzen.
- ❖ Durch Wettbewerb Innovationen fördern und Effizienzreserven heben; solidarische Ausrichtung des Systems gleichwohl erhalten.

- ❖ Staatsschulden werden nie vollständig getilgt.
- ❖ Kurzfristige Streckung der Tilgungsfristen der öffentlichen Kredite während der Corona Krise.
- ❖ Mittelfristig Aufhebung der Schuldenbremse im Euro-Raum durch verfassungsändernde Mehrheit.
- ❖ Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge ist häufig ein Verlustgeschäft für die Allgemeinheit.
- ❖ Es braucht eine stärkere Besteuerung am Ort der Umsätze und Straf- bzw. Quellensteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen.

- ❖ Vorübergehende Neuverschuldung wegen Corona-Krise unausweichlich.
- ❖ Gesicherte Steuerpolitik mit wachstumsinduzierten Investitionen in Demographie, Digitalisierung und Dekarbonisierung; Zielgröße 25% des BIP.
- ❖ Zentrale Stellhebel sind Entlastung aller Einkommensbereiche, auch der Reichen, Bürokratieabbau und effizientere Genehmigungsstrukturen.
- ❖ Vielfalt öffentlicher, gemeinnütziger und privater Träger gewährleistet ein reichhaltiges Gesundheitsangebot.
- ❖ Globale Mindestbesteuerung von 15% auf Unternehmensgewinne durchsetzen.

- ❖ Orientierung an Klimaschutz, Zukunftsinvestitionen und die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherung.
- ❖ Überall Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung ist staatliche Daseinsvorsorge im Gesundheitsbereich.
- ❖ Steuergerechtigkeit durch Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung.
- ❖ Gemeinsame, europäische Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen.

- ❖ Staatsschulden sind nicht per se schlecht.
- ❖ Wachstumsfinanzierte, öffentliche Förderung von staatlichen Kernaufgaben wie Infrastruktur, Digitalisierung, Familie und Bildung..
- ❖ Staatliche Investitionen in Höhe von 50 Mrd. €, ausgewogene Steuerreform, Schließen von Steuerschlupflöchern, globale Mindestbesteuerung für Konzerne und Entschuldung stark verschuldeter Kommunen.
- ❖ Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen erzielt keinen Mehrwert.
- ❖ Mindestbesteuerung der Konzerne europa- bzw. weltweit durchsetzen.

- ❖ Schuldenverstetigung ist das Gegenteil von „Resilienzpolitik“.
- ❖ Steuererhöhungen sind angesichts der hohen Abgabenquote auszuschließen, Renten müssen gesichert werden, zudem mehr Produktivitätszuwachs durch Innovation nötig.
- ❖ Gesundheitsbereich muss sich an Auslastung orientieren. Krankenhausprivatisierungen führen auch zu besserer medizinischer Versorgung.
- ❖ Große Tech-Konzerne sind zunächst wegen hoher Kundennachfrage erfolgreich. Besteuerung wiederum muss wie bei anderen Unternehmen erfolgen.



Unsere Antworten

** Die GWÖ-Initiative "AG Geld" formuliert erste Antworten auf die Fragen. Aufgrund der Komplexität der Themen und Anforderungen zur Neuordnung eines demokratisch legitimierten, fairen und gerechteren Finanzsystems können die Antworten noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Eine Diskussion mit dem Ziel der Konsensfindung innerhalb der GWÖ Bewegung soll in einem nächsten Schritt gestartet werden. Aus GWÖ Sicht ist uns wichtig, zunächst Aufklärung und Transparenz zum Thema "Geld" herzustellen und eine Diskussion über die heutigen Abläufe und Handhabungen anzuregen.*

A1 Die sogenannte "Staatsschuld" hat der Staat im Endeffekt bei seiner eigenen Zentralbank und stellt also keine Schuld im herkömmlichen Sinne dar. Gestiegene „Staatsschulden“ können somit als notwendiger Fakt akzeptiert werden, wenn diese sinnvolle Investitionen und dringende sozial-ökologische Ausgaben ermöglichen, ganz besonders in Zeiten von Negativzinsen, wenn also gar keine "Kreditkosten" entstehen. Die nötige Begrenzung ergibt sich lediglich aus den limitierten Ressourcen, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen.

A2 Gesundheitsdienstleistungen sollten auf die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Versorgung ausgerichtet und vom Zwang, Gewinne erzielen zu müssen, befreit sein. Das gilt ebenso für öffentliche Daseinsvorsorge wie eine intakte Umwelt, Bildung, Pflege, Wissenschaft, öffentliche Verkehrsmittel und den sozialen Wohnungsbau.

A3 Die Monopolstellung und Marktmacht großer Konzerne müssen beschränkt werden. Angemessene und gerechte Steuerzahlungen müssen sichergestellt und intransparenter Einfluss auf politische Entscheidungen verhindert werden.

Auch in Folge von Corona stehen wir vor finanzpolitischen Herausforderungen von historischem Ausmaß. Investitionen in Gesundheit, Infrastruktur und soziale Teilhabe sind wichtiger denn je. Daher halten wir eine Abkehr von der Politik der schwarzen Null und der damit verbundenen Verringerung der Geldmenge für zwingend notwendig.

Wir appellieren daher eindringlich an die sich zur Wahl stellenden Parteien, Haushalts- und Finanzpolitiker sowie an die Führung der EZB und der Bundesbank sich im ersten Schritt für folgende Ziele einzusetzen:

- Neutralisierung der Staatsschulden im Besitz der EZB bzw. der nationalen Zentralbanken
- Keine selbstschädigende Sparpolitik. Nicht noch einmal Schwarze Null
- Lockerung der Schuldenbremse nach Art. 109 und Art. 115 GG.

Perspektivisch bietet eine Vollgeld-Reform die einmalige Möglichkeit zur Entschuldung der europäischen Staaten. Bilanzielle Verbindlichkeiten aus der Geldschöpfung werden gestrichen (Zentralbanken) oder in Verbindlichkeiten an die Zentralbanken umgewandelt (Banken). Der Eigenkapital-Zuwachs der Zentralbanken wird für die Staatsentschuldung verwendet.

Mehr zur Vollgeld-Reform und den damit verbundenen Vorteilen finden Sie in unserem FAQ: <https://monetative.de/faq-vollgeldreform/>

Fragen der Besteuerung sind aus Vollgeld-Perspektive Aufgabe der Legislative und Exekutive. Die Monetative, also eine vierte, unabhängige Staatsgewalt, wäre damit nicht betraut, weswegen wir keine finale Position dazu einnehmen.



B

Maßnahmen zur Beseitigung sozialer Ungleichheit



B1

Durch die Niedrigzinspolitik fällt es privaten Versicherungsunternehmen zunehmend schwerer, das ihnen anvertraute Geld gewinnbringend anzulegen und zu mehren, um zukünftige Rentenansprüche auszahlen zu können (die ja bereits durch die wesentlich höheren Nebenkosten der privaten Versicherungsunternehmen dezimiert sind). Mit welchen Maßnahmen, Konzepten oder Gesetzesänderungen wollen Sie in Zukunft die Pensionsansprüche gewährleisten und Altersarmut verhindern?



B2

Durch den Ausbau des Niedriglohnsektors und steigende Lebenshaltungskosten verschulden sich immer mehr private Haushalte (ca. 7 Mio. Haushalte in D. sind überschuldet). Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die zunehmende Verschuldung privater Haushalte einzugrenzen oder zu verhindern?



B3

Sieht Ihr Parteiprogramm vor, bestehende Ungleichheiten in Einkommens- und Vermögensverteilung durch konkrete Maßnahmen zu reduzieren? Wenn ja, welche?



B4

Finden Sie die politische Einführung eines Grundrechts auf Arbeit sinnvoll?



B5

Welche Konzepte für die Finanzierung öffentlichen, nachhaltigen und gemeinnützigen Wohnungsbaus halten Sie für zielführend?

- ❖ Anreize setzen, um möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen
- ❖ Vermögensaufbau für alle ermöglichen, z.B. vermögenswirksame Leistungen ausweiten, Mitarbeiterkapitalbeteiligung verbessern, Bildung fördern
- ❖ Ein Recht auf Arbeit lässt sich mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht vereinbaren.
- ❖ Bis 2025 mehr als 1,5 Mio. neue Wohnungen schaffen, dazu befristete Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau verlängern und Genehmigungsverfahren beschleunigen.

- ❖ Stärkung von Niedrigrenten und gesetzlicher Rente.
- ❖ Mindestlohn von 12 Euro zwingend notwendig und Dispokredite auf 5% über dem Leitzins deckeln.
- ❖ Reformierung der Einkommensteuer zur Entlastung kleiner und mittlere Einkommen, plus Belastung von Spitzeneinkommen - u.a. durch eine einmalige Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre.
- ❖ Recht auf Arbeit ist Bestandteil der universellen Menschenrechte und durch Jobgarantie realisierbar.
- ❖ Fördermittel und Steuervergünstigungen des sozialen und öffentlichen Wohnungsbau sind Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge.

- ❖ Reform der Altersvorsorge und Anrechnung privater wie gesetzlicher Rente auf die Grundsicherung.
- ❖ Entlastung Personen mit niedrigem Einkommen, für mehr Partizipation Kapitalmarkt, Förderung des privaten Wohneigentums, Reformen bei der Riester-Rente und Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Unternehmen .
- ❖ Hauptursache für Überschuldung ist Arbeitslosigkeit, deswegen mehr Aufstiegschancen, besseres Bildungssystem und Privatsolvenz-Reform.
- ❖ Kein Grundrecht auf Arbeit, stattdessen Arbeitsplätze schaffen.
- ❖ Wohnungsbau muss durch gezielte Anreize gefördert werden, wie mehr Bauland, weniger Bauvorschriften, schnellere Genehmigungsverfahren und steuerliche Vorteile.

- ❖ Die gesetzliche Rentenversicherung stärken. In der Versicherungsbranche Solvenz erhöhen, Aufsicht stärken, Verbraucherschutz ausbauen, Produkttransparenz, unabhängige Beratung stärken, Risikoschutz erweitern.
- ❖ Mindestlohn sofort auf 12 Euro. Grundsicherung wollen wir zu einer Garantiesicherung weiter entwickeln.
- ❖ Besteuerung großer Vermögen nach der Corona-Krise und zusätzliche Investitionsanreize schaffen.
- ❖ Vollbeschäftigung und gute zukunftsfähige Arbeitsplätze in einer klimaneutralen Wirtschaft werden angestrebt.
- ❖ Bundesprogramm Neue Wohngemeinnützigkeit für eine Million günstiger Mietwohnungen in zehn Jahren.

- ❖ Bessere Löhne, Tarifverträge und starke Gewerkschaften sind wirksame Mittel zur Stabilisierung des Rentenniveaus; Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen.
- ❖ Mindestlohn und gesetzliche Deckelung der Zinsen von Dispokrediten.
- ❖ Ausgewogene Steuerreform zur Reduzierung bestehender Ungleichheiten, s. A1.
- ❖ Recht auf Arbeit ist zentrales Paradigma der SPD, offen bleibt, wie es durchsetzbar ist.
- ❖ Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau wurde 1990 abgeschafft. Bundesländer sollen Einnahmen aus Vermögenssteuer für den Bau landeseigener Wohnungen nutzen können.

- ❖ Niedrigzinspolitik verunmöglicht Sparen und kapitalgedeckte Altersvorsorge; EZB-Politik in Teilen verfassungswidrig.
- ❖ Möglichst viele Arbeitsplätze sind wiederum bestes Mittel gegen Altersarmut.
- ❖ Lebenshaltungskosten haben nachweislich kaum Einfluss auf private Überschuldung.
- ❖ Ökonomische Ungleichheit bildet in aller Regel persönliche Leistungsfähigkeit und -willigkeit ab. Leistungsträger tragen in Deutschland bereits überproportional viele Sozialkosten.
- ❖ Kein Grundrecht auf Arbeit, da der Staat kein adäquater Adressat dafür ist.
- ❖ Öffentlicher Wohnungsbau ist nicht zielführend.



Unsere Antworten

B1 Die Privatisierung der Renten ist gescheitert und sollte beendet werden. Es sollte angesichts der immensen Produktivität in Deutschland kein Problem sein, eine umlagefinanzierte Rente in Würde für alle Teilnehmer*innen zu erreichen (wie z.B. in Österreich oder

<https://www.finanzwende.de/kampagnen/stoppt-die-riester-rente-rettet-die-altersvorsorge/>)

B2 Das Problem liegt in den ungleichen Machtverhältnissen, die die neoliberal orientierte Marktideologie immer weiter verschärft. Aufgabe des Staates ist die Gewährleistung von fairen Rahmenbedingungen. Diese sollten z.B. über einen Bürgerrat erarbeitet und demokratisch legitimiert werden.

B3 Die Ungleichheit sollte auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Einige Beispiele:

- Anhebung des Mindestlohns
- Arbeitsrechte und Tarifverträge stärken
- progressive Einkommenssteuer
- Begrenzung von hohen leistungslosen Einkommen aus Kapital

B4 Das (Menschen-)Recht auf Arbeit sollte umgesetzt werden. Eine aktuell diskutierte Form wäre die sogenannte Jobgarantie.

B5 Auch Wohnen ist Teil der Menschenwürde und darf nicht den diversen Profitinteressen untergeordnet werden. Helfen würde z.B. die systematische Förderung von zivilgesellschaftlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Initiativen für sozialen Wohnungsbau.

Antworten

Die Niedrigzinspolitik der EZB hat aus unserer Sicht vor allem das Ziel, unser heutiges Schuldgeldsystem künstlich am Leben zu erhalten, damit billig neues Geld über Schulden geschöpft werden kann. Gleichzeitig treibt die Niedrigzinspolitik den Zins auf Staatsanleihen künstlich nach unten. Mit Vollgeld würde sich der Zins aus Angebot und Nachfrage ergeben, was wahrscheinlich zu einer positiven Verzinsung führen würde und das Geschäftsmodell von Versicherungsgesellschaften ermöglicht.

Weitere Reformen, wie eine umlagefinanzierte Rente oder eine Finanzierung durch die Besteuerung von Kapitaleinkünften, könnten unser Rentensystem zukunftsweisend absichern.

In unserem Geldsystem, das auf Schulden basiert, sind diese systemimmanent. Die Frage ist letztlich wo diese Schulden liegen (bei privaten Haushalten, Unternehmen oder der öffentlichen Hand). Zeitgleich wird die Verschuldung subventioniert - zum Beispiel über steuerliche Abzugsfähigkeit und zu wenig Schutz gegen Überschuldung. Hinzu kommt: Wenn der Staat selbst weniger unter dem Druck steht, Schulden zurückzuzahlen, ist er solventer und kann überschuldete Haushalte unterstützen bzw. hat generell mehr fiskalischen Spielraum. Stillschweigende Verschuldung z.B. über Konto-Überziehung wäre in einem Vollgeld-System nicht so leicht möglich: Denn es kann nur Geld verliehen werden, das auch da ist. In der Folge wären auch Wucherzinsen auf Dispo-Kredite, wie wir es heute sehen, schwerer.

In einer Welt mit immer mehr Geld verschiebt sich zudem der Einkommenskuchen von Arbeitseinkommen hin zu Vermögenseinkommen und Spekulation. In einem Vollgeld-System wird der übermäßige Geldnachschub für Spekulation gestoppt.

Die Inflation von Vermögenswerten, wie Immobilien, kommt bisher in erster Linie Wohlhabenden zugute. Das wird in einem Vollgeld-System eingedämmt. Zudem könnte dann neues Geld gezielt eingesetzt werden, z.B. als Pro-Kopf-Transfer an die Menschen oder als eine Zuweisung an den Staat für öffentliche Ausgaben. Dieser hätte damit freie finanzielle Mittel zur Minderung von Ungleichheit, sofern dies ein politisch legitimes Ziel ist, das von gewählten Parlamenten beschlossen wird.

**C**

Maßnahmen zu umweltschonendem Wirtschaften



C1

Mit welchen Empfehlungen zu steuerlichen Anreizen und Konjunkturprogrammen kann der Finanzausschuss Investitionen in umweltschonende Technologien und nachhaltige Konsummuster beschleunigen?



C2

Mit welchen handelspolitischen Maßnahmen kann ein fairer Wettbewerb ermöglicht und das Unterlaufen ökologischer und sozialer Standards verhindert werden?



C3

Soll der Ausstieg aus Kohle, Gas und Öl beschleunigt werden? Und wenn ja, wie?

- ❖ Unternehmen und private Haushalte anregen, ihr Geld in Umwelt- und Klimaschutz zu investieren, z.B. durch kürzere Abschreibungen, schnelleren Zugang zu KfW-Krediten bei Investitionen in ressourcenschonende, digitale Technologien, bei Gebäude- und Anlagensanierungen etc.
- ❖ CO2-Bilanz für Verbraucher*innen soll bei Konsum- und Produktionsentscheidungen auf einen Blick nachzuvollziehen sein.
- ❖ Beim Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz hohe internationale Standards umsetzen.
- ❖ Deutschland zum führenden Finanzstandort, insbesondere für nachhaltige Produkte ausbauen.
- ❖ Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt machen.

- ❖ Der Staat muss mit sozial-ökologischen Investitionen dafür sorgen, dass der Umbau der Wirtschaft nicht auf Kosten der Beschäftigten und der breiten Bevölkerung und mit der Verkehrswende einher geht.
- ❖ Das Lieferkettengesetz der Bundesregierung ist unzureichend. Freihandelsabkommen, die zu Öko- und Sozialdumping führen, lehnen wir ab.
- ❖ Fracking verbieten. Kohleausstieg durch massive Investitionsoffensive in erneuerbare Energien beschleunigen.

- ❖ Private Investitionen in Zukunftstechnologien erleichtern durch stärker steuerlich geförderte Forschung und Entwicklung; durch bessere Bereitstellung von Wagniskapital, durch generell niedrigere Steuersätze für Unternehmen und private Haushalte.
- ❖ Anleger dabei unterstützen, gemäß ihrer Vorstellungen in nachhaltige Anlageformen zu investieren.
- ❖ Internationale Handelsabkommen für hohe ökologische und soziale Standards.
- ❖ Für Erreichung der Pariser Klimaziele muss die Verbrennung sämtlicher fossiler Energieträger verbindlich zurückgefahren werden, ermöglicht durch europäischen Emissionshandel.

- ❖ Gezielte Investitionsanreize insbesondere für KMU mit einer degressiven Abschreibung von mindestens 25 % in die digitale und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft.
- ❖ Abbau vorhandener ökologisch schädlicher Subventionen.
- ❖ Anti-Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente müssen weiterentwickelt werden.
- ❖ Kohleausstieg bis 2030 vollenden. EU-Emissionshandel mit einem lenkenden CO2-Preis.

- ❖ Klimaneutral bis 2045 und führender Exporteur umweltfreundlicher Technologien werden.
- ❖ Strukturelle Nachteile für nachhaltiges Unternehmertum beseitigen, die KfW zur nachhaltigen Investitionsagentur bei der Schuldenaufnahme und bei Investitionen ausbauen, öffentliche Aufträge in Höhe von 300 Milliarden Euro an den Zielen der gesellschaftlichen Transformation ausrichten,
- ❖ föderales System effizienter machen.
- ❖ Instrumente der Handels- und Investitionspolitik modernisieren – im fairen Gleichgewicht des Globalen Südens und des Nordens.
- ❖ Beschleunigung der sozial-ökologischen Transformation hin zu erneuerbaren Energien mit Sicherung der Arbeitsplätze durch Export der Technik.

- ❖ Freie Märkte, Chancengleichheit und individuelle Freiheit, statt steuerlicher Anreize und Konjunkturprogramme.
- ❖ Staatliche Anreizpolitik verfehlt zu oft die vermeintlichen Ziele und trägt stattdessen zur Staatsverschuldung bei.
- ❖ Internationale Handelspolitik oft kontraproduktiv, da Staaten selbst Regelungen einführen können und müssen. Geeignete internationale Verträge können das begünstigen.
- ❖ CO2-Emissionsreduktion muss bei Staaten wie China ansetzen, auch daher kein Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.
- ❖ Sozialer Wohnungsbau ist Ländersache und lässt sich bspw. über weniger Bauvorschriften unterstützen.

Unsere Antworten

C1 Die dringendsten Vorschläge für Umwelt und Nachhaltigkeit sind:

- Ein sozial gerechtes Ressourcenmanagement (z.B. durch angemessene Besteuerung), das hohen Verbrauch unwirtschaftlich macht und regenerative Systeme stärkt
- Wirtschaftliche Gesetzgebung auf Kreislaufwirtschaft ausrichten

C2 Ausstieg aus Handelsverträgen, die einseitig den "Investorenschutz" durchsetzen. Aushandeln von gemeinwohl-orientierten Verträgen. Lieferkettengesetz nachschärfen.

C3 CO2 Emissionen durch Nutzung fossiler Energieträger müssen drastisch reduziert werden (80% bis 2030, 100% bis 2035 gegenüber 1990). Energieverbrauch reduzieren und auf erneuerbare Energien umstellen. Regionale und private Erzeuger-Gemeinschaften fördern, um einen schnelleren Ausbau von regenerativen Energien wie z.B. Windkraft- und Solaranlagen. Eine CO2 Abgabe durchsetzen, die den tatsächlichen Kosten entspricht.

Die meisten Fragen in Paket C sind, aus unserer Sicht, Aufgabe der Legislative und Exekutive. Die Monetative, also eine vierte, unabhängige Staatsgewalt, wäre damit nicht betraut, weswegen wir keine finale Position dazu einnehmen.

Generell bietet eine Umstellung auf ein Vollgeld-System Vorteile für umweltschonenderes Wirtschaften, denn das heutige Geldsystem erzeugt folgende Probleme: Erstens, verursacht der systembedingte Wachstumsdrang unseres auf Schulden basierenden Geldsystems immer höhere Schulden und zwingend notwendiges Wachstum, wodurch zunehmend mehr Ressourcenumsetzung notwendig wird und zeitgleich unsere planetare Grenzen missachtet werden. Zweitens, reduziert die (Staats-)Verschuldung den fiskalischen Spielraum für mögliche öffentliche Investitionen oder umwelt- und klimaschonende Subventionen.

Zudem sind in unserem heutigen System die Geschäftsbanken und Zentralbanken, als Schöpfer unseres Geldes, nicht an die Förderung von nachhaltigen Investitionen gebunden. Kurz gesagt: Neues Geld wird erzeugt, damit mehr Geld verdient werden kann. Womit ist heute zweitrangig.

Wenn Geld nur öffentlich geschöpft werden darf und der öffentliche Haushaltsgesetzgeber entscheidet, wo und wie neues Geld in Umlauf kommt, bietet das die Chance auf ein umweltschonenderes Wirtschaften.



D

Finanzaufgaben zur allgemeinen Daseinsfürsorge



D1

Die Gewinnmargen liegen in der Realwirtschaft bei ca. 1-2 %, in der Finanzwirtschaft dagegen häufig zwischen 6–16% oder noch höher. Mit welcher Gesetzgebung und anderen Maßnahmen wie z.B. Konjunkturprogrammen können die Realwirtschaft und der Mittelstand finanziell gestärkt werden?



D2

Die Digitalisierung der Zahlungsinfrastruktur (und damit verbunden unseres Geldes) schreitet zunehmend voran. Befürworten Sie die Abschaffung von Bargeld und falls ja, aus welchen Gründen?



D3

Ein Land bzw. eine Staatengemeinschaft als Herausgeber der eigenen Währung ist immer finanziell in der Lage, die öffentliche Daseinsvorsorge der Bürger*innen in angemessener Form zum Wohle der Allgemeinheit zu finanzieren. Die Sparpolitik der letzten Jahrzehnte hat jedoch zu einer deflationären Entwicklung geführt und einen Investitionsstau verursacht. Unter welchen Bedingungen halten Sie eine monetäre Staatsfinanzierung für zielführend, um diesen Investitionsstau aufzulösen?



D4

Welche Programme schlägt der Finanzausschuss des Bundestags vor, um die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder stärker auf das Gemeinwohl auszurichten und Märkte so zu gestalten, dass sie viel mehr der Erreichung gesellschaftlicher Ziele dienen anstatt der Erzielung privater Profite?



D5

Sind öffentlich, finanzierte Infrastrukturprojekte aus Ihrer Sicht zu befürworten, um neue Stellen im öffentlichen Dienst für die allgemeine Daseinsfürsorge zu schaffen? Wenn ja, welche konkreten Stellen möchten Sie hierbei priorisieren?

❖ Nicht beantwortet.

- ❖ Finanztransaktionssteuer und Stärkung öffentlicher Investitionen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist ebenso zu unterbinden und rückgängig zu machen.
- ❖ Bargeld muss erhalten bleiben. Digitaler Euro, der als digitales Bargeld von der EZB garantiert wird.
- ❖ Monetäre Staatsfinanzierung sollte prinzipiell im Rahmen des Inflationsziels der EZB und zur Finanzierung öffentlicher Investitionen möglich sein. Euro-Staaten sollen konsumtive Ausgaben hinreichend über Steuern finanzieren.
- ❖ Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages schlägt keine Programme vor, sondern berät Gesetze und Anträge der Fraktionen im Deutschen Bundestag.
- ❖ Plädoyer für Zukunftsinvestitionsprogramme.

- ❖ Steuerentlastung und Bürokratieabbau für Stärkung der Realwirtschaft und insbesondere des Mittelstandes.
- ❖ Abschaffung des Bargelds wird abgelehnt.
- ❖ Monetäre Staatsfinanzierung ist kein geeignet effizientes Mittel zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- ❖ Gemeinwohl und private Profite sind kein Widerspruch. Profitstreben und Wettbewerb erfüllen Wünsche der Konsumenten; Staat hat Preisabsprachen und eine zu starke Ballung von Marktmacht zu verhindern und Sorge für ein würdiges Leben aller zu tragen.
- ❖ Eine leistungsfähige Infrastruktur gehört zu den staatlichen Kernaufgaben; hier muss mehr investiert werden u. a. in Verkehrswege, in Digitalisierung und Bildung; bereitgestellte Mittel müssen schneller fließen.

- ❖ Investitionsoffensive. In schnelles Internet, überall. In Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie. Dreiklang aus Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer Stärkung der Forschungslandschaft.
- ❖ Schaffung eines digitalen Euros durch die Europäische Zentralbank (EZB). Verhinderung von Geldwäsche.
- ❖ Eine monetäre Staatsfinanzierung ist nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verboten und eine Vertragsänderung wäre zeitnah auch nicht umsetzbar.
- ❖ Erfolgsmessung auf Unternehmensebene modernisieren und die Bilanzierungsregeln um soziale und ökologische Werte, wie beispielsweise Treibhausgasemissionen erweitern.
- ❖ Investitionsoffensive, öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen und Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken.

- ❖ Finanzprodukte ohne direkten Bezug zur Realwirtschaft verbieten; mehr Transparenz hinsichtlich der Verwendung von Finanzanlagen und deren sozialen und ökologischen Auswirkungen; Bildungskampagne für Privatanleger
- ❖ Bargeld schützen und begrenzen, um Geldwäsche-Möglichkeiten von großen Beträgen zu verhindern
- ❖ Investitionsstau ist keine Frage des Geldes, sondern der Kapazitäten, z.B. im Bausektor
- ❖ Weitere Privatisierung durch Verkauf öffentlicher Flächen, Einrichtungen usw. muss umgekehrt werden durch Re-Kommunalisierung, durch Rückkauf, durch revolvingierende Fonds.
- ❖ Vorrangiges Ziel ist die Verbesserung der Infrastruktur (mehr Krankenhäuser, mehr Pflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Daten- und Energienetze, mehr Wohnungen in öffentlichem Besitz, Fahrradwege, Recyclingsysteme), wofür dann auch mehr Stellen im öffentlichen Dienst benötigt werden.

- ❖ Keine signifikanten Unterschiede in den Umsatzrenditen zw. deutschen Unternehmen sowie Mittelständlern und Kreditinstituten.
- ❖ Stärkung des Mittelstandes ist wichtig, dafür braucht es leistungsfähige Banken.
- ❖ Bargeld ist Freiheit und muss weiterhin genutzt werden dürfen.
- ❖ MMT und Wohlstand aus dem Nichts ist linker Wunschtraum. Für Geldschöpfung braucht es immer eine Rückkoppelung mit der Realwirtschaft.
- ❖ Einnahmeseitig hat der Staat kein Problem, sondern hinsichtlich der Mittelverwendung, deswegen Steuerreform und bessere Haushaltssteuerung notwendig.
- ❖ Gemeinwohl wird heute durch Angebot und Nachfrage definiert und hinreichend befriedigt.
- ❖ Öffentliche Daseinsfürsorge ist kein geeignetes Stellenbeschaffungsprogramm.

Unsere Antworten

D1 Gezielte Lenkung der Geldschöpfung (sprich: Kreditvergabe) weg von privater Anhäufung und Spekulation im Finanzmarkt hin zu realwirtschaftlichen Aufgaben und Akteuren.

D2 Bargeld schützt die Bürger*innen vor „Big Data“.

D3 Solange die Realwirtschaft nicht ausgelastet ist und eine deflationäre Situation besteht, kann der Staat problemlos in die Daseinsvorsorge und Strukturprogramme investieren bzw. sollte dies tun, um Deflation zu vermeiden und Kaufkraft bereitzustellen.

Antworten

D1 Der Verein Monetative setzt sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen für real- und finanzwirtschaftliche Unternehmen ein. Denn das ist heute nicht gegeben, da Geschäftsbanken mithilfe der Geldschöpfung Extragewinne erwirtschaften können. Durch die Einführung von digitalem Zentralbankgeld und Vollgeld können diese Extragewinne und der damit unfaire Wettbewerbsvorteil beseitigt werden. Durch den damit verbundenen Stopp der unlimitierten Geldschöpfung würde die Finanzwirtschaft gezähmt und die Realwirtschaft gleichzeitig gestärkt werden.

Mehr zu digitalem Zentralbankgeld (CBDC) und den Bedingungen für eine sinnvolle Ausgestaltung finden Sie hier:

<https://monetative.de/digitales-zentralbankgeld/>

D2 Das Bargeld, Münzen und Scheine, sind heute unser einzig gesetzliches Zahlungsmittel (s. Bundesbankgesetz §14). Es ist zudem heute das einzige Vollgeld im Publikum. Vollgeld ist die Abkürzung für vollgültiges gesetzliches Zahlungsmittel, herausgegeben durch die Zentralbank. Das heutige Geld auf den Girokonten der Banken wird Giralgeld (Buchgeld) genannt. Es ist kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern nur ein Anspruch an die Bank, dem Kunden auf Verlangen gesetzliche Zahlungsmittel (Bargeld) auszuzahlen. Geht eine Bank pleite, dann kann sie diese Forderung nicht mehr erfüllen und der Kunde geht im schlimmsten Fall leer aus (sofern die Bank nicht gerettet wird). Daher und aus Gründen der Anonymität muss physisches Bargeld dringend erhalten bleiben und zusätzlich digitales Zentralbankgeld für alle verfügbar werden.

Unsere Antworten

D4 Unternehmen mit einer positiven Gemeinwohl-Bilanz sollten steuerliche Vorteile genießen und bei der Vergabe von günstigen Krediten und bei öffentlichen Aufträgen vorrangig behandelt werden.

D5 Aus Sicht der GWÖ sollte besonders in Klima- und Umweltschutz, ökologische, regionale, kleinteilige Landwirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Gesundheitsvorsorge und Altersvorsorge sowie in die öffentliche Daseinsversorgung investiert werden.

D3 Siehe unsere Antwort zu A1) in der wir darauf eingegangen sind, dass und warum wir eine Abkehr von der Politik der schwarzen Null für zwingend notwendig halten.

D4+5 In unserer marktorientierten Wirtschaft sind die Marktakteure nicht verpflichtet, dem Gemeinwohl zu dienen. Unternehmen befriedigen die Nachfrage der Konsumenten, also Partikularinteressen. Dabei können sie nach ethischen Grundsätzen handeln oder nicht. Es ist, unter den aktuellen Gegebenheiten, also in erster Linie die Aufgabe der öffentlichen Hand zur Förderung des Gemeinwohls beizutragen. Aus monetärer Sicht kann dies wie folgt unterstützt werden: Wenn die Erstverwendung von Geld, also die Geldschöpfung durch Geschäftsbanken wie Zentralbanken, nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Interessen erfolgt, kann das Gemeinwohl gestärkt werden.

In einem Vollgeldsystem würde die Erstverwendung von Geld zudem nicht unter dem Zwang stehen, hohe Rendite zu erwirtschaften. Denn Geld käme ursprünglich schuldenfrei in die Welt, so dass dafür keine Zinsen erwirtschaftet werden müssen, wenn es nicht weiterverliehen wird.

Mehr zur Vollgeld-Reform und den damit verbundenen Vorteilen finden Sie in unserem FAQ: <https://monetative.de/faq-vollgeldreform/>



E

Umsetzung notwendiger Reformvorschläge im Finanzsektor



E1

Im Kontext der letzten weltweiten Finanzkrise hat der damalige Bundespräsident Deutschlands Horst Köhler gesagt: "Jetzt muss jedem verantwortlich Denkenden in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken gewiesen werden muss." Zu dessen Zähmung haben viele anerkannte Expert*innen gute Vorschläge für eine Reform des Finanzmarktsektors entwickelt, die bis heute nicht umgesetzt wurden. Welche der oben aufgeführten Maßnahmen befürworten Sie bzw. halten Sie für vordringlich, um das "Finanz-Monstrum" zu zähmen?

- Reformierung des Basel III Regelwerks (Geschäftsbanken als Geldschöpfer, nicht als Finanzintermediäre, behandeln)
- Die Einführung eines Zulassungsverfahrens für Finanzprodukte (alles ist verboten, eine Positivliste regelt das Erlaubte)
- Die Trennung von Geschäfts- und Investment-Banking
- Die Besteuerung des Handels mit Finanzanlagen (Tobin-Steuer)
- Strenge Regulierung der „Großen Vier“ Wirtschaftsprüfer und 3 großen Rating-Agenturen
- Das Verbot von Spekulationsgeschäften von Einrichtungen der öffentlichen Hand (Lehman-Zertifikate, Greensill Bank etc.)
- Förderung von Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken als Gegengewicht zur zunehmenden Konzentration im Bankensektor
- Die Besserstellung von ethischen Banken bzw. gesetzliche Verpflichtung bestehender Banken auf umfassende Veröffentlichung der Umwelt- und Sozialrisiken ihrer Anlagen



E2

Mit 85,3% macht das von den Geschäftsbanken geschöpfte Giralgeld den Großteil des Geldes im Publikumsverkehr aus (Euroraum: Stand 2020). Sollten Ihrer Meinung nach Geschäftsbanken selbst Geld schöpfen können, oder sollte das der Zentralbank vorbehalten sein?



E3

Geld und Schulden sind im heutigen System zwei Seiten einer Medaille. Sehen Sie eine Möglichkeit, die Geldschöpfung von der Neuverschuldung zu trennen?



E4

Sollten Tech-Konzerne wie z.B. facebook (Stichwort DIEM) sogenannte Stablecoins in Umlauf bringen dürfen? Wenn ja, unter welchen Bedingungen?



E5

Sollte es ein von Geschäftsbanken und anderen Privatfirmen unabhängiges öffentliches Zahlungsverkehrssystem mit öffentlich geschöpftem digitalem Geld (das wäre dann sogenanntes Digitales Zentralbankgeld = CBDC) geben? Und wenn ja, warum?

❖ Nicht beantwortet.

- ❖ Strengere Regulierung für Banken, Finanz-TÜV, Trennung von Geschäfts- und Investment-Banking, Finanztransaktionssteuer, strengere Regulierung der Großen Vier Wirtschaftsprüfer und 3 großen Rating-Agenturen, ein Verbot von Spekulationsgeschäften von Einrichtungen der öffentlichen Hand, Förderung von Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken, Besserstellung von ethischen Banken.
- ❖ Einschränkung der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken, z.B. durch höhere Aktivmindestreserven.
- ❖ Keine Stablecoins durch Tech-Konzerne.
- ❖ Digitaler Euro soll in Form eines Zentralbankkontos oder als digitaler Token der Zentralbank für Bürger umgesetzt werden .

- ❖ Wirksame Aufsicht erforderlich, die hinreichendes Eigenkapital der Banken sicherstellt, Transparenz für Anleger gewährleistet und gegen Betrug vorgeht, Verbot bestimmter Finanzprodukte ist nicht zielführend, Besserstellung ethischer Banken wird abgelehnt, kein Handlungsbedarf über bestehende Berichtspflichten hinaus.
- ❖ System der Geldschöpfung grundsätzlich sachgerecht.
- ❖ Extreme Ausweitung der Geldmenge durch EZB und andere Notenbanken führt zu einer immer weiter zunehmenden Staatsverschuldung einiger Länder.
- ❖ Verbot von Stablecoins und anderen Kryptowährungen wird abgelehnt, stattdessen braucht es klare Regelungen für den Daten- und Verbraucherschutz, zur Geldwäschebekämpfung und Finanzmarkstabilität.
- ❖ Je mehr Auswahl an digitalen Währungen es gibt, desto besser für die Nutzer.

- ❖ Reformierung des Basel III Regelwerks, Finanztransaktionssteuer, Regulierung der „Großen Vier“ Wirtschaftsprüfer und 3 großen Rating - Agenturen, Förderung von Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken als Gegengewicht zur zunehmenden Konzentration im Bankensektor, gesetzliche Verpflichtung bestehender Banken auf umfassende Veröffentlichung der Umwelt- und Sozialrisiken ihrer Anlagen.
- ❖ Echtes Trennbanksystem könnte Missbrauch von Geldschöpfung durch Geschäftsbanken für Spekulationsgeschäfte unterbinden.
- ❖ Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols durch private Währungen werden abgelehnt.
- ❖ EZB soll einen digitalen Euro schaffen und dabei Daten- und Rechtssicherheit gewährleisten.
- ❖ Nein zur Abschaffung von Bargeld.

- ❖ Too-big-to-fail-Problematik nicht gelöst, auch Schattenbanken müssen besser reguliert werden; Einführung eines Mindestniveaus der Kapitalunterlegung von Banken erforderlich; Einführung eines Zulassungsverfahrens für Finanzprodukte - gute Idee, Trennbanksystem fand bislang keine parlamentarische Mehrheit; Handel mit Finanzanlagen via Finanztransaktionssteuer (FTS bzw. FTT) regeln;; mittelständischen Bankensektor weiter politisch unterstützen; gesetzliche Verpflichtungen der Banken zur umfassenden Veröffentlichung von Umwelt- und Sozialrisiken voranbringen.
- ❖ Kreditvergabe ist praktisch Geldschöpfung.
- ❖ Frage einer möglichen Trennung von Geldschöpfung und Neuverschuldung geht von falscher Prämisse aus, deshalb nicht beantwortbar.
- ❖ Multinationale Konzerne sollten keine eigene Währung in Umlauf bringen.
- ❖ Es sollte kein von Geschäftsbanken und anderen Privatfirmen unabhängiges digitales Zentralbankgeld (CBDC) geben.

- ❖ Einheitliche internationale Regeln wirken regelmäßig wettbewerbsverzerrend, schwächen die Banken und mindern die Stabilität des Bankensystems eher als dass sie dieses stärken.
- ❖ Nullzins- und Geldmengenpolitik der EZB reduziert Kreditqualität.
- ❖ Keine Monopolisierung der Geldschöpfung bei Zentralbank.
- ❖ Unverantwortliche Neuverschuldung ist durch rechtswidrig mandatsüberschreitende Zentralbank bedingt und nicht durch Geldschöpfung durch Geschäftsbanken.
- ❖ Keine Stablecoins von Tech-Konzernen, grundsätzlich ist Währungswettbewerb jedoch positiv.
- ❖ Digitales Zentralbankgeld wäre kein sichereres Zahlungsverkehrssystem.



Unsere Antworten

E1 Die Gemeinwohl-Ökonomie befürwortet alle vorgeschlagenen Maßnahmen, denn finanzielle Entscheidungen formen unsere Zukunft. Es geht ihr um die Einhaltung der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitwirkung. Darum fordert die GWÖ eine Gemeinwohl-Prüfung vor Kreditvergabe und verpflichtende Ausrichtung von Finanz-Unternehmen an den genannten Gemeinwohl-Kriterien.

E1) Im Sinne einer effizienten „Zähmung“ plädieren wir für Regulierung direkt bei der Geldschöpfung: Geld soll nur demokratisch legitimiert und von einer öffentlichen, transparenten Stelle erzeugt werden dürfen. Dadurch ließen sich bereits zahlreiche unnötige Regulierungen abbauen. Womit auch das Basel-Regelwerk nicht mehr notwendig wäre. Denn die aktuellen Bankenregulierungen behandeln Geschäftsbanken nicht wie Geldschöpfer, sondern wie Intermediäre von Einlagen durch Kunden. Das verkennet aber die ökonomische Realität und erhöht unnötigerweise den Verwaltungsaufwand für kleinere, regionale Banken.

Im Sinne eines stabilen, gemeinwohlfördernden Bankenwesens sind aber gerade die kleinen Geschäftsbanken (Ethische Banken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen) besonders wichtig. Noch nie musste eine solche Geschäftsbank Insolvenz anmelden – im Gegensatz zu großen, systemrelevanten Playern, die vom aktuellen System verstärkt profitieren. Diese zunehmende Konzentration im Bankensektor reduziert den Wettbewerb und fördert die Instabilität unseres Geldsystems.

Im jetzigen System sind Großbanken systemrelevant und müssten gerettet werden, wenn sie in Schwierigkeiten kommen. Das bevorzugt sie gegenüber kleinen Banken. Im Vollgeld-System wäre das nicht mehr so. Folglich halten wir auch eine Trennung von Geschäfts- und Investment-Banking für besonders wichtig.

Aufgabe der Geschäftsbanken sollte es nämlich sein, Gelder von Anlegern einzusammeln und damit dann verantwortungsvolle Kredite in die Realwirtschaft zu vergeben. Also genau das, wovon die meisten Menschen heute schon ausgehen, dass dies der Fall sei. Das wäre aber erst im Vollgeldsystem so gewährleistet.



Unsere Antworten

E2 Geld ist ein öffentliches Gut. Im demokratischen Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern ist zu entscheiden, wer Geld schöpfen darf und zu welchen Zwecken.

E3 Vollgeld wäre eine Möglichkeit, schuldfreies Geld und somit ein wesentlich stabileres und besser steuerbares Geldsystem zu kreieren, siehe die Aussagen der Monetative.

E4 siehe Aussagen in E2

E2) Anders als viele Menschen meinen, wird heute die wichtigste Geldart, das Giral- oder Buchgeld, durch private Geschäftsbanken geschaffen und in Umlauf gebracht. Diese weitgehend unkontrollierte private Giralgeldschöpfung ist eine der Hauptursachen für die steigende öffentliche und private Verschuldung, überschießende Konjunkturausschläge, Spekulationsblasen, Gefährdung des Geldwerts und wiederkehrende Finanzkrisen. Um diese Probleme zu beheben, ist das Ziel einer Vollgeldreform, die gesamte Geldschöpfung der öffentlichen Kontrolle zurückzuführen.

Die Vollgeldreform hat die folgenden Eckpunkte:

Umwandlung des Giralgeldes in sicheres und wertstabiles „Vollgeld“, also in direkte Guthaben bei der Zentralbank, das zusammen mit Bargeld zu gesetzlichem Zahlungsmittel erhoben wird. Ein vollständiges Geldschöpfungsmonopol der Zentralbank, die im Rahmen der demokratischen Gewaltenteilung zu einer vierten Gewalt – der Monetative – weiterentwickelt wird, und damit die Beendigung der privaten Giralgeldschöpfung. Das Vollgeld wird allein von der Monetative geschaffen und primär über öffentliche Ausgaben in Umlauf gebracht.

Ausführliche Informationen zu den Vorteilen und der Umsetzung einer Vollgeldreform finden Sie in unserer Vollgeldbroschüre:

<https://monetative.de/vollgeldbroschue/>



Unsere Antworten

E5 Der digitale Euro könnte in Form eines Zentralbankkontos oder als digitaler Token der Zentralbank für Bürger umgesetzt werden, wenn garantiert ist, dass damit eine Überwachung der Bürger*innen ausgeschlossen wird.

E3) Geld ist kein Naturgesetz und damit auch gestaltbar. Heute sind Geld und Schulden zwei Seiten einer Medaille: Giralgeld entsteht bspw. bei jeder Kreditvergabe von Geschäftsbanken und bei jeder Transaktion von Geschäftsbanken an eine Nicht-Bank (Staat, Unternehmen oder Privatperson). Das Geld dabei als Schuld entsteht, ist allerdings keine Zwangsläufigkeit.

Neu geschöpftes Geld kann auch zins- und tilgungsfrei in Umlauf und somit ohne Verschuldung entstehen. Das mindert den Zwang zum Wirtschaftswachstum und die gegenwärtige Umverteilung nach oben. In einem Vollgeld-System wäre alles Geld sogenanntes schuldenfreies Aktivgeld, genauso wie es heute bereits bei der Geldschöpfung von Münzen der Fall ist..

Eine Vollgeldreform hätte folglich sieben bedeutende Vorteile:

1. Das Geldsystem wird einfach und transparent.
2. Vollgeld ist sicher, da die laufenden Konten außerhalb der Bankbilanzen geführt werden. Der Zahlungsverkehr ist deshalb bei Bankpleiten nicht mehr gefährdet. Der Staat wird dadurch aus der Geiselhaft der Banken (too big to fail) befreit und muss diese nicht mehr mit Steuermilliarden retten.
3. Die Zentralbank kann die Geldmenge effektiv steuern, wodurch die Entwicklung der Geldmenge verstetigt wird und Konjunktur- und Börsenzyklen moderater verlaufen werden.
4. Weil die Geldmenge sich im Einklang mit der Realwirtschaft verändert, ist Geldwertstabilität gewährleistet.
5. Neu geschöpftes Geld kommt zins- und tilgungsfrei in Umlauf, da es ohne Verschuldung entsteht. Das mindert den Zwang zum Wirtschaftswachstum und die gegenwärtige Umverteilung nach oben.



Unsere Antworten

6. Die Gewinne aus der Geldschöpfung (= Seigniorage) und die Vorteile der Erstverwendung neuen Geldes kommen der öffentlichen Hand und damit allen Bürgern zugute.
7. Durch den einmaligen Umstellungsgewinn bietet sich die Möglichkeit, die Staatsschulden ohne Einschnitte ganz erheblich zu reduzieren.

E4) Geld als essentiell gesellschaftliche Infrastruktur sollte von einem öffentlichen Anbieter herausgegeben und gewährleistet werden. Damit sieht die Monetative den Staat in der Pflicht, für ein funktionierendes Geld- und Zahlungssystem zu sorgen. Dazu gehört auch die Emission eines digitalen Zentralbankgeldes, das eine neuartige digitale Zahlungsabwicklung ermöglicht und so private Stablecoins von großen Techkonzernen überflüssig macht. So kann der drohenden Marktdominanz eines von großen Techkonzernen emittierten Stablecoin entgegengewirkt werden.

E5) Sämtliche Dienstleistungen zur Verwaltung von CBDC, wie Kontoinformationen, Überweisungen und Kundenauthentifizierungen können von regulierten Drittparteien durchgeführt werden. Dies eröffnet Chancen für innovative Privatunternehmen, ermöglicht Wettbewerb und reduziert operationelle Aufgaben für die Zentralbank, ohne dass die öffentliche Währungshoheit aufgegeben wird.



F

Fragen der Bürger*innenbeteiligung



F1

Wie steht Ihre Partei zu Bürger*innenbeteiligungen bezüglich einer Neuausrichtung des Finanzsystems? Könnte die Einrichtung eines Bürger*innenrates analog den schon stattgefundenen beiden deutschlandweiten Bürger*innenräten zu „Bürgerrat Demokratie“ und aktuell: „Deutschlands Rolle in der Welt“ zielführend sein?

❖ Nicht beantwortet.

❖ Demokratische Kontrolle der Ziele der Geldpolitik von Zentralbanken durch Parlamente, Transparenz und in geeigneter Form auch Bürgerbeteiligung durch monetäre Dialoge mit BürgerInnenräten bzw. Nichtregierungsorganisationen.

❖ Nicht beantwortet.

- ❖ Bürger*innenbeteiligung auf Bundesebene deutlich ausbauen und verbessern. Einführung zufallsgeloster Bürger*innenräte, wenn es um die Frage nachhaltiger Investments, Kapitalmarktregulierungen, die Fragen kapitalmarktgestützter Renten etc. geht.

- ❖ Skepsis zu Bürger:innenräten, solange Rahmenbedingungen (Zielsetzung, Verantwortungen, Umsetzung) nicht geklärt sind.

- ❖ Grundlegende Steuerreform ist notwendig, diese ist nicht durch Bürgerbeteiligung erreichbar.
- ❖ Grundsätzlich sind mehr direktdemokratische Elemente wie Volksabstimmungen und Volksbegehren erstrebenswert.

Unsere Antworten

Weil das aktuelle Finanzsystem nicht demokratisch legitimiert und Geld ein öffentliches Gut ist, brauchen wir einen "Geldkonvent", der:

- einen öffentlichen Diskurs über die herrschende Geld- und Finanzordnung anstößt
- konkrete und verständliche Alternativen zu allen wichtigen Elementen der herrschenden Geld- und Finanzordnung vorschlägt
- eine partizipative Gestaltung einer demokratischen Geld- und Finanzordnung ermöglicht.

Bürger*innenbeteiligungen befürworten wir explizit. Im Sinne einer Demokratisierung des Geldes und auch der Geldemittenten bedarf es zunächst aber auch dringend mehr

- 1) Aufklärung,
- 2) Bildungsangebote und anschließenden einen
- 3) demokratischen Diskurs über unser Geld.

A

Geld zum Thema machen (2022 - 2024)

Zielgruppe: Bürger*innen |

- ❖ Spielerisch Interesse am derzeitigen Geld- und Finanzsystem wecken.
- ❖ Aufklären und Grundwissen über die Funktionsweise des Geldsystems vermitteln.
- ❖ Fehler im Geldsystem aufdecken und benennen.
- ❖ Für einen ethischen, sinnstiftenden Umgang mit Geld Stellschrauben im System definieren und Alternativen aufzeigen.

B

Geld Neu Denken (2022 - 2024)

Zielgruppe: Bürger*innen |

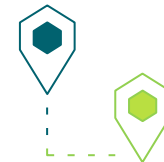
- ❖ Breiter Zusammenschluss an Initiativen für ein ethisches, sinnstiftendes Geldsystem.
- ❖ Demokratisch politische Rahmenbedingungen für ein ethisches, sinnstiftendes Geldsystem ausarbeiten und definieren.
- ❖ 8 – 12 konkrete Maßnahmen ableiten, erarbeiten, definieren mit Zahlen, Daten, Fakten hinterlegen.

C

Wahlbar2025 (2024/2025)

Zielgruppe: Kandidat*innen für die Bundestagswahlen 2025 |

- ❖ 8- 12 konkrete politische Rahmenbedingungen aufzeigen, mit denen ein ethisches, sinnstiftendes Geldsystem gestaltet werden kann.
- ❖ Positionierung Ja/ Nein/ Alternative von den Bundestagskandidaten einfordern.
- ❖ Medial begleiten.



Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit.

Geld ist wichtig. Geld geht uns alle an.
Sprechen wir darüber - Gemeinsam.

Beteiligte NGOs und Initiativen

Ein breites Bündnis aus den Bereichen Geld, Wirtschaft und Finanzen:

